Datenschützer und Bürgerrechtler kritisieren Anti-Terror-Gesetze

Meldung vom 06.11.2006

Berlin (dpa) - Datenschützer und Bürgerrechtler haben die geplante Erweiterung der Anti-Terror-Gesetze und den Aufbau einer Anti-Terror-Datei als rechtstaatlich bedenklich kritisiert. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar forderte am Montag bei einer Anhörung des Bundestags-Innenausschusses, die Gesetzentwürfe gründlich zu überarbeiten. Die Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundeskriminalamts (BKA), Heinz Fromm und Jörg Ziercke, begrüßten die Gesetzesvorhaben.

... Eine wesentliche Rolle bei der Anhörung spielte das Trennungsgebot zwischen den Aufgaben von Polizei und Geheimdiensten. Nach Ansicht der Humanistischen Union widerspricht die planmäßige Zusammenführung von vorhandenen Informationen in der Anti-Terror-Datei dem Grundgedanken dieses Gebotes. Der stellvertretende Vorsitzende der Bürgerrechtsorganisation, Frederik Roggan, sprach von einem Quantensprung weg von der bisherigen Rechtslage. Ähnlich argumentierte der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Datenschutz, Sönke Hilbrans.

... (Der ehemalige Justiz-Staatssekretär Hansjörg) Geiger und andere Sachverständige hielten den vorgesehenen Kreis der zugriffsberechtigten Behörden für zu groß. Geiger vermisste zudem an vielen Stellen des Entwurfs Normenklarheit. Auf Bedenken stieß bei einigen Experten der Begriff der «Kontaktperson», weil hier auch Nichtverdächtige erfasst werden könnten.

<https://www.humanistische-union.de/pressemeldungen/datenschuetzer-und-buergerrechtler-kritisieren-anti-terror-gesetze/>

Abgerufen am: 24.04.2024